

FREIHEITS- RECHTE VERTEIDIGEN!

Krisen-Info Nr. 2



Die Polizei übernimmt die Kontrolle über das öffentliche Leben: Bereitschaftspolizei wird eingesetzt um Bars zu schließen, Spielplätze zu leeren und Menschen auf öffentlichen Plätzen zu vertreiben. Das wäre noch vor Kurzem nicht denkbar gewesen. Der Staat hat kurzerhand das öffentliche und soziale Leben unter seine strenge Kontrolle gestellt. Sicher tragen die Beschränkungen dazu bei, die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen.

Das ist aber nur die eine Seite der aktuellen Situation. Die andere ist, dass sie nicht von einer neutralen medizinischen Einrichtung durchgesetzt werden, sondern von dem Staat, der Milliardenunterstützung für Banken und Konzerne bereitstellt, Menschen durch Hartz-IV in Armut und Perspektivlosigkeit schickt und Rüstungsgüter in Kriegsregionen exportieren lässt. Kurz: In diesem Staat geben die Interessen der großen Player, der Besitzenden und Profiteure schon immer den Ton an. Alle Maßnahmen, die sie jetzt durchpeitschen, können nicht unabhängig davon betrachtet werden, wem ihre Politik verpflichtet ist. So ist es auch kein Wunder, dass öffentliche Plätze geräumt werden und sogar laute Musik aus Privatwohnungen schon die Polizei auf den Plan ruft, während unzählige Unternehmen ihre

ArbeiterInnen in Werkshallen und auf Baustellen unbehelligt schufteln lassen dürfen.

→ Kritisch wird die Lage für den Staat offensichtlich erst, wenn keiner mehr Profit aus den Aktivitäten der Menschen schlagen kann. Das hat nichts mit Medizin oder Wissenschaft zu tun, sehr wohl aber mit den Klasseninteressen der Kapitalisten!

Regiert wird in diesen Zeiten über Verordnungen und Verfügungen. Die Polizei steht bereit, um alles durchzusetzen, was von oben kommt, die Bundeswehr leistet Amtshilfe. In der CDU salutieren sie bereits und setzen sich für noch mehr Militär im Innern ein, während CSU-Söder den starken Mann gibt, der von Mitbestimmung ohnehin nicht viel hält. Wir wissen nicht, wie lange dieser oder ein ähnlicher Zustand anhalten wird. Klar ist aber: Wenn wir jetzt nicht anfangen, selbst für unsere Rechte und Freiheiten einzustehen, werden es die Herrschenden sein, die auch in Zukunft in dieser oder jener Extremsituation darüber entscheiden, wer protestiert, sich versammelt, das Haus verlässt, sich bewegt und äußert...

Bereits in den letzten Jahren war die Marschrichtung klar. Mit neuen Polizei-

gesetzt und einer massiven Ausweitung der Online-Überwachung, wurde es den Behörden immer leichter gemacht, die Bevölkerung unter Kontrolle zu halten. Mit der Corona-Krise ist es höchste Zeit geworden, sich gegen diese Entwicklung zu wehren.

→ Wir werden uns die Straßen, den öffentlichen Raum nicht nehmen lassen! Das sind die Orte, an denen wir alle uns Gehör verschaffen können, wo Solidarität erlebbar wird, wo wir aktiv werden gegen die Ungerechtigkeiten dieses Systems und für eine Gesellschaft, in der die Interessen von uns, der lohnabhängigen Bevölkerung, die Hauptrolle spielen.

Es steht eine wirtschaftliche und soziale Krise bevor, die gerade uns besonders hart treffen wird. Verantwortung heißt jetzt nicht nur die Infektionsgefahr ernst zu nehmen, sondern auch dafür zu sorgen, dass wir nicht vom Krisenprogramm der Kapitalistenklasse überrollt werden. Protest und Widerstand bleibt möglich! Mit genügend Abstand, mit Schutzausrüstung, Schildern und Transparenten, können wir uns auch in diesen Zeiten auf den Straßen für unsere Interessen stark machen. Es wird am Druck von unten liegen, ob und wie schnell die Einschränkungen unseres Soziallebens und die neuen Befugnisse der Behörden, uns zu kontrollieren, wieder zurückgenommen werden.

→ Lassen wir nicht zu, dass sie unsere Rechte mit Füßen treten! Die Notstandspolitik dieses Staates darf die Kämpfe für eine solidarische Gesellschaft nicht ersticken! Wir brauchen keinen starken Staat über uns, sondern eine solidarische Bewegung von unten!

Was erlaubt sich der Staat, um uns unter Kontrolle zu haben?

Vorratsdatenspeicherung, Handy-Überwachung zu Erfassung von Bewegungsmustern, erweiterte Polizeibefugnisse, Grenzschließungen, Ausgangssperren, Kontaktverbote: Noch mehr als sonst werden Obdachlose schikaniert oder Migrantinnen rassistische Kontrollen unterzogen.

Und da wäre noch das Militär...

Seit dem 3. April stehen 15000 Soldaten zur „Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung“ im Land bereit. Brisant ist dabei vor allem, dass polizeiliche Tätigkeiten übernommen werden sollen, der Einsatz militärischer Waffen nicht ausgeschlossen ist und militärische Befehlsstrukturen über die ganze Republik aufgebaut werden sollen. Flankiert wird das wieder einmal mit der Forderung das Grundgesetz für militärische Interventionen im Inland zu lockern. Diese Veränderungen sind tiefgreifend. Es wäre naiv zu glauben, sie verschwänden nach der akuten Ausbreitungsphase des Virus von alleine wieder.